

6.3 TTIP: Ist Freihandel prinzipiell gut – wenn nur die Nebenbedingungen stimmen? – Ulrich Thielemann

6 Wettbewerbsethik: Schöpferische Zerstörung, Wohlstand für alle und Utilitarismus

6.3 TTIP: Ist Freihandel prinzipiell gut – wenn nur die Nebenbedingungen stimmen?

Literatur

<http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/freihandelsa/>

<http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/ist-freihand/>

http://www.mem-wirtschaftsethik.de/fileadmin/user_upload/mem-denkfabrik/2015/MarktAlsInstrument_MeM.pdf (Abschnitt 6)

<http://www.mem-wirtschaftsethik.de/blog/blog-einzelseite/article/ttip-ist-w/>

1. TTIP

Freihandelsabkommen EU – USA: Senkung noch verbleibender tarifärer und nicht-tarifärer „Handelshemmnisse“, „Liberalisierung“.

Abbau nicht-tarifärer „Handelshemmnisse ... auf der Grundlage des höchsten Liberalisierungsniveaus und der höchsten Schutzstandards [für Investitionen], die die beiden Vertragsparteien bis dato ausgehandelt haben“. → das „ehrgeizige Ziel“ einer „umfassenden“ und „tatsächlichen Öffnung der Märkte“ voranzutreiben (Rat der Europäischen Union 2014).

Ersetzung öffentlichen Rechts durch Privatrecht. Das Recht soll die Form der Privatheit annehmen: Unbeschränktes Recht zum Kaufen und Verkaufen („offene Märkte“). Gesichert durch pacta sunt servanda. → Privatrechtsordnung und -gesellschaft (Franz Böhm)

Öffentliches Recht (Regulierung): Nicht veräußerbare Rechtsgüter inkl. „nicht-dispositives“ Privatrecht (nicht abdingbare Nebenbedingungen des Tauschverkehrs).

Politisches Motiv: Schaffung von Arbeitsplätzen. Neuerdings:
„Ohne TTIP droht Europa der Abstieg.“ Sigmar Gabriel (2.6.2015)

„Ein umfassendes, alle Branchen abdeckendes Abkommen hätte äußerst positive Auswirkungen“, und zwar für „alle Beteiligten“, „da es den Handel liberalisieren würde“, was stets bedeute, dass „auf beiden Seiten ... für eine willkommene Belebung des Wirtschaftswachstums und die Schaffung von Arbeitsplätzen“ gesorgt werde.

http://ec.europa.eu/trade/policy/in-focus/ttip/questions-and-answers/index_de.htm

2. Folge: Ausverkauf der Demokratie – Markttextremismus als Programm

“US academics expose human and economic costs of extremist pro-capital deal”
www.morningstaronline.co.uk/a-6d30-TTIP-trade-pact-will-cost-Europe-600,000-jobs#.VHsMycn5PdE

2.1. Senkung von Verbraucher-, Umweltschutz- und Arbeitsrechtsstandards

Grundsatz:

Der Sinn von Handelsabkommen ist die Etablierung „tieferer Standards“, da jedem öffentlich-rechtlich gesetzten Standard ein „Handelshemmnis“ korrespondiert.

US-Finanzminister Jack Lew

Befürchtungen:

- Abkehr vom in der EU etablierten Vorsorgeprinzips der Umweltpolitik
- Zulassung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft

- Re-De-Regulierung der Finanzmärkte
- Schwächung von Gewerkschaften, zumal die USA die ILO-Kernarbeitsnormen in Sachen Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, nicht anerkannt haben
- Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, da alle staatlichen Sachziele „in nicht-diskriminierender Weise“ zu verfolgen seien. Es soll allein „die Leistung“ zählen, „ohne Ansehen der Person“, *„sine ira et studio“*, ohne Hass und deshalb ohne Liebe, ohne Willkür und deshalb ohne Gnade“ (Max Weber) – wer auch immer der Leistungsanbieter ist. „Die Kommunen wären verpflichtet, fast alle Aufträge auszuschreiben, und könnten mittelständische Unternehmen vor Ort nicht mehr unterstützen.“
<http://m.taz.de/Gutachten-zu-Freihandelsabkommen/!148655;m/> - Im Bildungsbereich könnten Bildungsunternehmen gegen Subventionen mit dem Hinweis klagen, sie würden „diskriminiert“.

2.2. Liberalisierung als Regel

„progressive wechselseitige Liberalisierung“.

Paradigmawechsel weg von Positivisten (zu liberalisierende Bereiche) zu Negativlisten (Bereiche, die vorerst noch von der „Liberalisierung“ ausgenommen sind). „List-it-or-lose-it“-Modell

„lock-in“ oder „ratchet“-Klausel, „Stillhalteklause“, „Sperrklinkeneffekt“: Eine einmal gewährte Liberalisierung darf nicht wieder zurückgenommen werden. Ewigkeitsgarantie.

2.3. Aushöhlung der Demokratie durch Investitionsschutzklauseln und „regulatorische Kooperation“

Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS) als „Wachhunde“ des Freihandels im Dienste des Kapitals:

Unternehmen können Staaten vor privaten Schiedsgerichten verklagen, weil eine Regulierung ihre „erwarteten Gewinne“ schmälert. Ohne Revisionsmöglichkeit.

Von da ab wird jede politische Diskussion unter dem Vorbehalt geführt, ob die anvisierte Regulierung nicht Milliarden schwere Schadensersatzzahlungen nach sich ziehen könnte,

da Investoren durch sie ihre erwarteten Gewinnaussichten geschmälert sehen könnten („regulatory chill“).

Regulatorische Kooperation: Konsultation von „stakeholdern“ (Unternehmensvertretern) *vor* der parlamentarischen Beratung, um zu klären, ob eine anvisierte Regulierung freihandelskonform ist. „Frühwarnsystem“.

3. Die Konzentration auf „externe Effekte“ und die Nichtthematizierung marktinterner Effekte

Die Kritik dreht sich im Wesentlichen um „externe Effekte“.

1. Externe Effekte im engeren Sinne: Schädigungen anderer durch physische Einwirkung, die im Zuge von Markthandlungen anfallen.

„Die praktischen Anlässe ... (für unternehmensethische Bemühungen, A.d.V.) sind vielfältigster Art und können zusammengefasst am besten mit dem Begriff der 'externen Effekte' umschrieben werden.“ Albert Löhr: Unternehmensethik und Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1991, S. 284.

Implikation: Wenn der Markt nur wegen seiner „externen Effekte“ problematisch ist, dann muss ja „intern“ alles in Ordnung sein.

2. Externe Effekte im weiteren Sinne: Folgen der Entfaltung der Marktlogik (etwa eines Freihandelsabkommens) für andere gesellschaftliche Teilbereiche als allein „die Wirtschaft“.
3. Marktinterne Effekte: Effekte, die mit der Ausweitung des Marktes und der damit verbundenen Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Beschäftigten untrennbar verknüpft sind.

Frage, ob 2 und 3 voneinander unabhängig sind. (sieh oben 2.1: „Grundsatz“ der Liberalisierung)

Beispiel für die Entproblematisierung marktinterner Effekte (Reflexionsstopp): Gemeinsame Erklärung von DGB und SPD

Freihandel schaffe prinzipiell «zusätzlichen Wohlstand». Darum sei der «Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse» eine «Chance» und könne «grundsätzlich im gegenseitigen Interesse sein». Es sei möglich, diesen «zusätzlichen Wohlstand ... breiten Bevölkerungsschichten zukommen zu lassen».

Bedingungen sei: Erhaltung des Schutzniveaus im Bereich bestehender «Arbeitnehmerrechte, Verbraucherschutz-, Sozial- und Umweltstandards». Und auch «Investor-Staat-Schiedsverfahren» sei eine Absage zu erteilen. Unter diesen und vielleicht noch weiteren Bedingungen aber liege TTIP, überhaupt der Freihandel, im «Interesse der europäischen Bürgerinnen und Bürger».

«Würden die Sozialdemokraten an ihren Forderungen ernsthaft festhalten – keine Investorenschutzklausel (auch nicht beim Freihandelsabkommen mit Kanada), kein Sozial- und Umweltschutzdumping und Schutz der Gewerkschaftsrechte – dann müssten sie die Verhandlungen abbrechen. Denn TTIP soll genau das Gegenteil erreichen. Wie in allen anderen bisher weltweit geschlossenen Freihandelsabkommen.»

www.berliner-zeitung.de/meinung/kommentar-zu-ttip-gabriels-zaubertrick,10808020,28475386.html

Gabriel müsste also genau das tun, was er gerade vermeiden will, nämlich CETA (die Blaupause für TTIP) «in den Orkus werfen».

www.berliner-zeitung.de/wirtschaft/-wirtschaft-ceta-und-ttip-freihandel-mit-tuecken,10808230,28528218.html

Sigmar Gabriel im Bundestag (27.11.14): Die gemeinsame Erklärung enthält „am Anfang eine positive Beurteilung von Freihandelsabkommen“.

„... Das ist ganz ohne Zauberei der wahre Trick, von dem die Arbeitnehmer hierzulande gewiss nicht profitieren würden.“ www.berliner-zeitung.de/meinung/kommentar-zu-ttip-gabriels-zaubertrick,10808020,28475386.html

D.h.: Das ‚Opfer‘ in Sachen Nicht-Mehr-Regulierung ist es wert.

4. Wer sind die «Jobkiller»?

Sigmar Gabriel (25.9.14): „Sie [die Gegner der Handelsliberalisierung] sind Jobkiller.“

“Getting rid of tariffs and other barriers to trade will enable European producers to sell more to the Americans: that is good for business and good for jobs. Removing EU barriers to US products and investment will mean more choice and lower prices for people here in Europe. What is clear is that both sides will gain from further opening up their markets to trade and investment. It will be a win-win situation.“

Europäischen-Kommission (2013).

„Free trade does the reverse [of creating jobs]. It eliminates jobs.“ “Economic progress [i.e., growth] has two legs. One is eliminating jobs with new technologies, the other finding new tasks for workers... Both job creation and destruction go hand-in-hand... We would better measure economic success [i.e., growth] by the elimination of jobs than by their creation... The future of the economy rests on the country’s willingness to endure the pain of job destructions, as well as find ways to facilitate job creations.“ McKenzie, R.B.: The American Job Machine, New York 1988, S. 19, 9.

Übrigens werden auch im Beispiel David Ricardos zur Illustration so genannter «komparativer Kostenvorteile» zwischen Nationen – nach wie vor DAS Theorem zur Rechtfertigung «offener Märkte» überall und unbedingt – die englischen Weinhersteller ebenso arbeitslos wie die portugiesischen Tuchhersteller; jene müssen sich zu Tuchherstellern, diese zu Weinherstellern umschulen lassen. Alles natürlich kein Problem, jedenfalls aus Sicht der Ökonomen: «The evil [gemeint ist Arbeitslosigkeit], which is always transitory, cures itself promptly,“ befand bereits Jean-Baptiste Say.

5. Wie die Wettbewerbsverlierer aus den Modellen der Ökonomen herausgerechnet werden

Die meisten Studien sagen (sehr bescheidene) Zuwächse in Sachen Beschäftigung und Wachstum voraus. Arbeitsplatzverluste nur außerhalb der EU-USA-Freihandelszone.

Methodologisches Vorgehen:

Es wird auf die «messbare Erfahrung mit ähnlichen [Freihandels-]Abkommen» bzw. auf die «beobachtbaren Daten» geschaut mit Blick auf Preise, Einkommen und Beschäftigungsniveaus.

Wenn also die durch den verschärften Wettbewerb unter Druck Geratenen bzw. wenn die Arbeitslosen «flexibel» genug sind und es ihnen daher gelungen ist, ziemlich bald eine neue Stelle zu finden, dann zählt der Zwang zum Umschulen, Umziehen usw. auch hier nicht als Verlust bzw. der Druck dazu nicht als Zwang.

Der Zwang zum Unternehmertum, dessen Folgen in Sachen Ökonomisierung der Lebensverhältnisse nicht messbar ist (jedenfalls nicht direkt), bleibt unthematisiert bzw. wird als problemlos legitimiert.

Es wird erst derjenige Zustand gemessen (bzw. „modelliert“), NACHDEM Unternehmen verdrängt, Beschäftigte entlassen, Löhne gesenkt wurden.

Das Beschäftigungsniveau nach der Liberalisierung „nachdem eine angemessene Anpassungszeit [von 12 Jahren] verstrichen ist“ (Felbermayr/u.a. 2013a, 111f.), ist umso höher, je geringer die „Arbeitsmarktfriktionen“. Die bloß „friktionalen“ Kosten des Findens ei-

ner neue Beschäftigung sind umso tiefer, je geringer die «Lohnersatzleistungen» [Reservationslohn], und umso geringer diese, desto stärker der «Anreiz zu Aufnahme einer Beschäftigung».

„Friktionale“ Kosten für wen?

6. Drei Dimensionen, in denen sich der erhöhte Wettbewerbsdruck manifestiert

6.1. Erhöhte Arbeitslosigkeit

„Vollkommene und sofortige Beweglichkeit kann ... sinnlose Katastrophen erzeugen.“
Schumpeter (1993: 172).

Überforderung der Beschäftigten darin, sich durch „Humankapitalinvestitionen“ wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Beispiel NAFTA (1994):

Nach der offiziellen Statistik verloren 845 000 Beschäftigte innerhalb der USA durch NAFTA ihren Job («Trade Adjustment Assistance» Programm). Die wie üblich bestens finanzierten ökonomischen und gerne als «wissenschaftlich» apostrophierten Studien hatten ein Jobplus von «netto» (sic) 200 000 versprochen.

In Mexiko wurden mehr als eine Million Maisbauern durch NAFTA arbeitslos.

Neuere Studie:

TTIP would lead to job losses. We calculate that approximately 600,000 jobs would be lost in the EU. Northern European countries would be the most affected (-223,000 jobs), followed by Germany (-134,000 jobs), France (- 130,000 jobs) and Southern European countries (-90,000).

Jeronim Capaldo: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, October 2014, Tufts University

Weiteres Beispiel:

„Wenn durch das Freihandelsabkommen mit den USA künftig die Zölle wegfielen, wäre es für General Motors ein prima Geschäft, Opel-Arbeitsplätze nach Amerika zu verlegen.

Die Einfuhren nach Europa würden dann nichts mehr kosten und GM müsste sich nicht mit Betriebsräten herumschlagen."

Sascha Raabe, MdB, SPD, www.spiegel.de/politik/deutschland/ceta-und-ttip-unmut-in-der-spd-ueber-gabriels-freihandels-kurs-a-1005607.html

6.2. Weiter wachsende Einkommensdisparitäten

«Most displaced workers will earn lower wages in their new jobs.»

ÖFSE (2014), guengl.eu/uploads/plenary-focus-pdf/ASSESS_TTIP.pdf

Durch TTIP wird „die Durchschnittsfirma weniger Kosten bei der Arbeitsplatzbereitstellung“ haben (gemeint sind offenbar die Kosten des Arbeitsangebots bzw. die Löhne) und „gleichzeitig aber einen höheren Ertrag aus der Ausweitung der Beschäftigung [durch den Export] erzielen“, so dass „die Durchschnittsfirma ... nach Liberalisierung produktiver (mithin profitabler)“ ist (Felbermayr/u.a. 2013, 85f.). → Steigerung der volkswirtschaftlichen Kapitalquote

“TTIP would lead to a reduction of the labor share (the share of total income accruing to workers), reinforcing a trend that has contributed to the current stagnation. The flipside

of its projected decrease is an increase in the share of profits and rents, indicating that proportionally there would be a transfer of income from labor to capital. The largest transfers will take place in UK (7% of GDP transferred from labor to profit income), France (8%), Germany and Northern Europe (4%).”

Jeronim Capaldo: The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, October 2014, Tufts University

6.3. Ökonomisierung der Lebensverhältnisse

(Siehe Vorlesung 7 und 8)

7. TTIP als Markstein im Weltwirtschaftskrieg

Sigmar Gabriel: Alle Prognosen sind „Voodoo-Ökonomie“.

„Koppeln wir uns zum Beispiel von den asiatischen Ländern ab, wenn diese Freihandelsabkommen schließen, auch mit den USA, sind wir als Europäer außen vor. Dann allerdings ist das für eine Exportnation wie Deutschland eine mittlere Katastrophe. Darum geht es doch... Wenn wir uns von den Weltmärkten abkoppeln, [wird] dies am Ende vie-

le Hunderttausend Menschen in Deutschland ihren Job kosten... Facharbeiter und Angestellte in Deutschland werden das am Ende bezahlen müssen.“

(Vertiefung in Vorlesung 7: Freiheitsverlust, TINA, „Alternativlosigkeit“)

Sachzwang Marktöffnung.

Wettbewerb als Problem und Lösung.

Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des einen erzwingt die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des anderen usw. usf.

Nicht alle können zugleich wettbewerbsfähig sein. Die Wettbewerbsfähigkeit des einen IST die Wettbewerbsschwäche des anderen.